

Ludwig Erhard



LUDWIG-ERHARD-PREIS FÜR

WIRTSCHAFTSPUBLIZISTIK 2008

Am 18. September 2008 wurde der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik in Berlin verliehen. Die Hauptpreisträger waren *Thomas Schmid*, Chefredakteur der Tageszeitung Die Welt, und *Roland Tichy*, Chefredakteur der Wirtschaftswoche. Die Förderpreise gingen an *Bastian Obermayer*, Redakteur beim Süddeutsche Zeitung Magazin, und *Roman Pletter*, Redakteur beim Wirtschaftsmagazin brand eins. Herr *Obermayer* konnte an der Veranstaltung nicht teilnehmen. Die Laudationes sprach das Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik *Dr. Peter Gillies*.



V. l.: Roman Pletter, Thomas Schmid, Roland Tichy, Dr. Hans D. Barbier

Fotos: Henning Lüders, Berlin

Laudationes

Dr. Peter Gillies

Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik



Bastian Obermayer

Bastian Obermayer, Jahrgang 1977, Redakteur beim Magazin der Süddeutschen Zeitung, bürstet das Thema Hartz IV einmal gegen den Strich. Er folgt nicht den Spuren im bildungsfernen Prekariat, wie man es vornehm formuliert, nicht dem antriebsschwachen Jogginghosenträger, nicht dem Bier schlürfenden RTL-2-Zuschauer, nicht

dem Schulabbrecher oder frechen Drückeberger. Reporter *Obermayer* zerrt ein ungewöhnliches Schicksal aus der Gegenwelt ins Öffentliche: Akademiker, adelig gar, im gediegenen Bankierszwirn, hochgebildet, management-, computer- und welt erfahren, einst gesuchter und geschätzter Unternehmensberater – und nach fünf Jahren Arbeitslosigkeit plötzlich Hartz-IV-Empfänger.

Die Reportage mit dem Titel „Einer von uns“ schildert eindringlich den Absturz eines Überqualifizierten in das letzte Netz unseres Sozialstaates. Vor dem Leser, der ungläubig und ein wenig ratlos den Kopf schüttelt, taucht ein Mann auf, der eigentlich alle Geheimnisse wirtschaftlichen Erfolges zu enttarnen wusste, aber um den der Aufschwung einen Bogen machte.

„Ich dachte doch jahrelang, ich wüsste, wie es geht,“ rätselt der 54-Jährige über seinen Absturz. Hunderte von Bewerbungen schrieb er, aber an die Hunderte von Absagen gewöhnt er sich nie. Er, der im Silicon Valley mit einem Oldsmobile-Achtzylinder-Schlitten über die amerikanischen Highways bretterte, der segelte und im Orchester Querflöte spielte, der parkettsicher in jeder Gesellschaft glänzte, muss jetzt mit jedem Euro knausern.

Weil es bei einem Regelsatz von 347 Euro im Freundeskreis für ein Glas Rotwein nicht mehr reicht, schützt er Magenprobleme vor und bestellt ein Glas Wasser. Will er seine Eltern besuchen, stecken die ihm das Fahrgeld und einige Euros zu. Er spürt die Einsamkeit, zieht sich zurück und hat

Probleme damit, seine Motivation zur Jobsuche aufrechtzuerhalten. Der soziale Mindestbedarf zwingt sein Leben in einen Albtraum, den er nicht so recht begreift. Was einst als Übergangsstadium ausschaute, wird plötzlich ein Dauerzustand.

Die Reportage skizziert ein Schicksal, das meist aus der öffentlichen Wahrnehmung ausgeblendet wird. Der Autor schildert mit kühler Distanz, aber umso eindringlicher die Umstände eines sozialen Absturzes. Auf Belehrungen und Schlaumeiereien verzichtet er, ebenso auf den erhobenen Zeigefinger. Die Jury war von diesem Artikel sehr angetan.

Auch *Roman Pletter*, Jahrgang 1980, Redakteur beim Wirtschaftsmagazin *brand eins*, wirft in vier Beiträgen ungewöhnliche Schlaglichter auf ziemlich gewöhnliche Themen. Er beschreibt, wie nützlich Heuschrecken sein können, hinterfragt das ins Schleudern geratene System Siemens, zeichnet eine spannende Geschichte über Zahnpaste nach und entwirft das Röntgenbild des wankenden Riesen IG Metall, dem es nicht nur an Mitgliedern, sondern auch an Perspektive fehlt.



Roman Pletter

Aus den sehr tiefgründelnden Artikeln – wie immer bei *brand eins* sorgfältig redigiert – greife ich mir die Zahnpaste-Story heraus. Da tritt ein Hersteller mit der ungewöhnlich schlichten und schwer zu widerlegenden Botschaft an: „Morgens Aronal, abends Elmex“, und wird damit Marktführer. Die Konkurrenz von *Blend-a-med*, angetrieben von phantasie reich ausschweifenden Produktmanagern, kontert mit einer Zahnpaste-Orgie, mit Kräuterserien, Fruchtcocktailcremes, mit Naturfrische und anderen Varianten. Der Erfolg liegt nur darin, dass sie ihre Marke verramschen.

Der Leser erhält einen spannenden Einblick in das Haifischbecken der Markenartikler. Medizinisch gesehen kann man auch mit Streifenpaste, mit



Dr. Peter Gillies: Soziale Marktwirtschaft



Die in diesem Land verbreitete Übellaunigkeit findet einen neuen Ankerplatz: die Soziale Marktwirtschaft. Die Segnungen des Wettbewerbs der Märkte weiß man wohl zu schätzen und auch zu nutzen, aber das glitschige Adjektiv „sozial“ erfreut ihre Kritiker, verwirrt die Zweifler und verstört bis weit in bürgerliche Kreise.

Bekenntnisse zur Sozialen Marktwirtschaft, mal mehr, mal weniger beherzt ausgestoßen, finden sich in den Poesiealben von Politikern aller Parteien. Wie ein Klingelton meldet sich die Metapher mehrmals täglich. In Sachen Sozialer Marktwirtschaft möchte man sich schließlich nicht übertreffen lassen. Das Erbe *Ludwig Erhards* verfällt bizarren Deutungshoheiten.

Dem folgt das große Aber. Armuts- und Abstiegsängste, Kasinokapitalismus liefern die Stichworte. Obgleich die Höhe der Sozialleistungen von Rekord zu Rekord wächst und immer mehr Menschen sich an den Tropf von Transferleistungen hängen, will sich soziale Befriedung nicht einstellen. Mehr noch: Mit den verteilten Milliarden verringert sich der verbreitete Verdross nicht, sondern er wächst. Das Soziale und der Markt werden nicht als gemeinsamer Quellcode einer leistungsgerechten Ordnungspolitik verstanden, sondern als Gegensätze polarisiert.

Und dahinter lassen sich trefflich immer neue Verteilungswünsche verstecken. Das Soziale als Wieselwort, als Synonym für Kuschelzoo und Wärmestube, finanziert von denen, die noch leisten. Nebenbei bemerkt: Die obere Hälfte der Einkommensbezieher finanziert mehr als 90 Prozent der gesamten Steuerlast.

Wenn die Bürger – was verständlich ist – mehr Netto von ihrem Brutto fordern, machen sie nicht den Staat dafür verantwortlich, sondern das sogenannte System. Manches spricht also dafür, dass die angebliche Identitätskrise der Marktwirtschaft keine reale, sondern eine gefühlte ist. Dass die Verteilungsmasse nie ausreichte, um die Begehrlichkeiten der Verteilungspolitikern zu erfüllen, ist übrigens keine neue Erkenntnis, sondern ein ständiger Begleiter deutscher Sozialgeschichte. Die Politiker haben ihr altes Beuteschema nur neu angestrichen.

Kurze Rückblende auf 1956: Wachstum und aufblühender Wohlstand spülten dem Staat Milliarden in die Steuereinkassen, der Bundeshaushalt wies kräftige Überschüsse aus. *Adenauer* wollte die Wahlen 1957 gewinnen und schlüpfte in die Spendierhosen. Mit allerlei Wahlgeschenken, Subventionen, Bauprojekten, Steuervergünstigungen und Sozialzuschüssen wurde ein Köder gelegt, um das vor Wahlen besonders geschätzte Publikum zur CDU zu locken.

Um diese Geschenke möglichst effektiv zu verteilen, hatte die Union 1956 einen speziellen Zirkel geschaffen – den „Kuchen-Ausschuss“, wie Abgeordnete und respektlose Journalisten das Gremium taufen. Alle Proteste *Erhards*, der vor dieser Verteilungsorgie gewarnt hatte, halfen nichts. Das Geld wurde unter die Leute gebracht, unter anderem durch massive Rentenerhöhungen. Ein Treppenwitz der Geschichte ist leider, dass *Adenauers* Kuchenparty aufging. Auch heute tagt der Torten-Ausschuss in Permanenz, aber bitte mit Sahne.

Ich erinnere mich an eine Anekdote von *Franz Josef Strauß*: Ein Selbstmörder stürzt sich aus dem 50. Stockwerk eines Wolkenkratzers. Als er am 18. Stockwerk vorbeifliegt, beruhigt er sich und ruft freudig aus: „Bis hierher ist doch alles gut gegangen!“ So viel zum Adjektiv des Sozialen.

Menthol und anderen Beigaben die Zähne reinigen – aber die beharrliche Pflege einer schlichten Marke „morgens blaue Tube, abends rote Tube“ zeigte der Konkurrenz eindrucksvoll die Zähne. Eine höchst informative Lektüre.

Das gilt auch für die journalistische Analyse der IG Metall. Deren Weltbild – „die Ausbeuter da oben, wir Geknechteten da unten“ – spricht heute immer weniger Arbeitnehmer an. Die größte und einst erfolgreiche Gewerkschaft gebe sich als Vertretung der sozialen Absteiger, so der Autor, und habe offenbar weder Ideen noch Perspektiven. Ihr Gründungsmythos ist verschlissen, als Schutz- und Trutzbündnis überzeugt sie immer weniger.

Der Artikel zeichnet auch die Zerreißprobe der Gewerkschaften zwischen SPD und Linkspartei nach, beschreibt die Realität der abnehmenden Tarifbindung und die Entfremdung vom Angestelltenmilieu. *Pletter* unterschlägt die Modernisierungsbemühungen nicht, ist aber skeptisch, ob es als Strategie ausreicht, immer nur dagegen zu sein. Die Beiträge von *Roman Pletter* findet die Jury eines Förderpreises für würdig.

Zum Vergnügen der Jury geht der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik in diesem Jahr an zwei recht unterschiedliche Haudegen unseres Gewerbes: an *Thomas Schmid*, den Chefredakteur der *Welt* und der *Welt am Sonntag*, sowie an *Roland Tichy*, der kürzlich zum Chefredakteur der *Wirtschaftswoche* berufen wurde.



Thomas Schmid

Thomas Schmid, ein Spätberufener des Journalismus, überrascht durch einen – vorsichtig formuliert – abwechslungsreichen Lebenslauf. In der Studentenbewegung focht er mit *Joschka Fischer* und *Daniel Cohn-Bendit* den revolutionären Kampf gegen manches und vieles. In den achtziger Jahren schrieb er *Links-Alternatives* für *Die Zeit* und *Die Tageszeitung*. 1993 wurde er bei der *Wochenpost* mit dem Feuilleton betraut, wechselte dann zur *Hamburger Morgenpost*, dann 1998 auf die Meinungsseite der *Welt*. Zwei Jahre später holte ihn die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in ihr Politikressort, wo er sich um den Aufbau ihrer Sonntagszei-

tung verdient machte. Vor zwei Jahren kehrte er als Chefredakteur zur Tageszeitung *Die Welt* zurück. Zugleich übernahm er kürzlich das Steuer des Schwesterblattes *Welt am Sonntag*. Sein Damaskuserlebnis muss irgendwo in den frühen Neunzigern gelegen haben. Mit seiner revolutionären Vergangenheit kokettiert *Schmid* zuweilen heute noch.

*Schmid*s Tintenfluss ist überaus beeindruckend. Seiner Feder entgeht kein Thema: Koalitionsgewürge, Parteien, Doping-Skandal, italienische und sonstige Regierungskrisen, die Post, Mindestlohn und Milchpreis, Bürgergesellschaft und Liberalismus, Einwanderung und Abwanderung – kurzum: eine journalistische Mehrzweckwaffe, die große Streuung mit Treffsicherheit verbindet.

Journalisten sind Tagesschriftsteller. In den fragwürdigen Adel des Intellektuellen erhoben zu werden, widerstrebt vielen. Aber *Thomas Schmid* ist ein Intellektueller mit bewundernswerter Bildung, nie erlöschender Neugier, der hingebungsvoll dem Rätsel gesellschaftlicher Prozesse nachgeht und sie mit Wortwitz und feinsinniger Ironie zu würzen weiß. Was die Jury dazu bewogen hat, *Schmid* mit dem diesjährigen Ludwig-Erhard-Preis auszuzeichnen, sind weniger diese Talente, als vielmehr folgende selten gewordene Eigenschaft: Instinktsicherheit in den ordnungspolitischen Fragen der Marktwirtschaft. Für diese Grundmelodie öffnet er auch die Spalten seiner Zeitungen und lädt zum kritischen Diskurs.

Es sei „ein altes deutsches Elend“, schreibt *Schmid*, „dass die in Anspruch genommene Freiheit, etwas zu unternehmen, in erster Linie als Bedrohung herkömmlicher Sicherheit wahrgenommen wird (...) mit diesem Kleinmut unterfordern sich die fröhlichen Deutschen und missachten das in ihnen schlummernde Talent zur Freiheit.“ Das ordnungspolitische Debakel um den Mindestlohn nennt er eine „parteiübergreifende Staatsopereette“, denn „ordnungspolitische Klarheit gebe es in den beiden sozialdemokratischen Parteien Union und SPD keineswegs“. *Schmid* spricht von einer „heillosen ordnungspolitischen Konzeptionslosigkeit der Großen Koalition“.

In der „stumpfen Seelenlage der Deutschen schlummert ein neoliberaler Furor, der freilich nur ein gefühlter Furor“ sei, obgleich das Land mit seinem eingehegten rheinischen Kapitalismus – ein Kapitalismus mit menschlichem Gesicht –



stets gut gefahren sei. Kurzum: *Ludwig Erhard* hätte seine Freude an *Schmids* Sottisen gehabt.



Roland Tichy

Auf *Roland Tichy* ruhte das geneigte Auge der Jury schon mehrfach äußerst wohlwollend. Er liebt die etwas kessere Schreibe, legt sich gerne mit Bedenken-trägern aller Schattierungen an. Aus dem Planungsstab des Bundeskanzleramtes verschlug es ihn in die Bonner Korrespondenz, dann zur Wirtschaftswoche sowie zu den Magazinen *Capital* und *Impulse*.

Weitere Stationen waren die Telebörse, die Zeitschrift *Euro* und zuletzt das Handelsblatt. Schließlich dockt er wieder bei der Wirtschaftswoche an, diesmal als Chefredakteur.

Und wenn *Tichy* zu einem Fernsehtalk eingeladen ist, lässt er es nicht an direkten, an zugespitzten und zuweilen frechen Kommentaren fehlen. Bei diesem kurzweiligen Journalisten hat die Langlebigkeit keine Chance. *Tichy* versteht es, marktwirtschaftliche Prozesse und ihre Folgen unverschnörkelt an den Leser und den Zuschauer zu bringen. Konflikte scheut er nicht. Zusammen mit seiner Frau legte er 2001 ein bemerkenswertes Buch über die Altersfrage vor, in die die Deutschen geraten seien. Unter dem Titel „Die Pyramide steht Kopf“ skizziert er Wege, wie das Land auch mit einer „grey economy“ leistungsfähig bleiben könnte.

Zitat zur Finanzkrise: „Was Ihnen Ihre Bank gerade empfiehlt, kann Sie, Ihr Unternehmen und sogar die Volkswirtschaft ruinieren. Zu Risiken und Nebenwirkungen befragen Sie aber keinesfalls Ihre Bank, die hat nämlich keine Ahnung.“ Bankgeschäften sollten Beipackzettel über Risiken und Nebenwirkungen angeheftet werden, denn das Verlustrisiko werde allzu gerne sozialisiert.

Zitat zum Staatshaushalt: „Am besten kann man das Versagen (der Regierenden) an der Haushaltspolitik ablesen: Von 2011 an will Finanzminister *Peer Steinbrück* keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Potzblitz! Tolle Leistung. Wenn man bedenkt, dass wir Bürger das größte Steuererhöhungspaket geschultert haben, die Konjunktur Milliarden in die Staatskassen gespült hat und der

Preisgalopp den Finanzminister zum Inflationsgewinnler macht.“

Tichy geißelt „das Gerede von Konjunkturprogrammen. Vergessen wird, dass wir heute noch die Helmut-Schmidt-Gedächtnissteuern für die konjunkturellen Strohfeuerprogramme der siebziger Jahre zahlen. Schon damals haben sie wenig für die Konjunktur, aber viel für die Erhöhung der Staatsverschuldung gebracht. Und glaubt wirklich jemand außer Umweltminister *Sigmar Gabriel*, dass weitere Subventionen für das Vernageln von Häuserfassaden mit Styroporplatten den Abschwung bremsen könnten?“ Steuerentlastung sei nötig, scheitere aber stets an der unersättlichen Staatsgier. Trotz der unerträglichen Erhöhungen der Sozialbeiträge verschlechterten sich die Leistungen – „der Sozialversicherungs-Imperialismus stößt an seine Grenze“, beklagt *Tichy*. „Dieser Sozialstaat war wohl, und darin liegt sein Ende begründet, nur in den goldenen Jahrzehnten des Wirtschaftswunders finanzierbar.“

Schließlich ein Zitat zur Mitte, in der sich alle Parteien auf die Füße treten: „Die bedauerliche Gruppe, die für die Großzügigkeit der Verteilungspolitik bluten muss, nennt man meistens Mittelschicht. Zu ihr gehören Menschen, die Berufen nachgehen, ihre Familien durchbringen und für die Kinder eine bessere Zukunft wollen, weswegen sie sich auch um Bildung kümmern. Es sind die, die – angefangen beim Kindergarten – immer die höchste Beitragsstufe zahlen und bei denen steigende Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung voll durchschlagen. Früher stand diese Gruppe im Mittelpunkt der Politik. *Gerhard Schröder* führte einen Wahlkampf um die ‚neue Mitte‘; *Angela Merkel* steht und stand sowieso immer schon in der Mitte. Nur neuerdings, in der fatalen Großen Koalition, haben beide Parteien die Mitte aus den Augen verloren.“ Mit einem Schuss Resignation bemerkt *Tichy*: „Die den Wohlstand erarbeiten, gehen leer aus.“

Meine Damen und Herren, die Preisträger sind ein ermunterndes Indiz dafür, dass die Sorge um das Erbe *Ludwig Erhards* eine gefühlte ist. Die preisgekrönten Arbeiten belegen eindrucksvoll, dass uns um die Ordnungspolitik der Freiheit nicht bange zu sein braucht. Schließlich ist die Marktwirtschaft die schlechteste aller Wirtschaftsordnungen – ausgenommen alle anderen. ■

Das Unbehagen an der Freiheit – Warum die beste aller Welten als eine schlechte Welt gilt

Thomas Schmid
Chefredakteur „Die Welt“

„Ludwig Erhards Handeln zeigt: Es gibt Situationen, in denen man ganz alleine ist und in denen man sich dem Druck der Mehrheit, die alle Evidenz auf ihrer Seite zu haben scheint, nicht beugen sollte.“

Im kommenden Jahr werden wir uns inmitten ausgedehnter Feierlichkeiten befinden. Ein doppeltes Jubiläum wird zu begehen sein. Erstens wird die Bundesrepublik Deutschland 60 Jahre alt werden, also in die Sphäre des Vorruhestands vorstoßen. Und zweitens wird es im kommenden Jahr 20 Jahre her sein, dass die DDR ihren unseligen Geist aufgab. Es wird ein prächtiges Feiern werden, zu Recht.

Man wird die Gründung der Bundesrepublik aus dem Geist des Westens feiern und die kühne Tatkraft Konrad Adenauers loben, der den Grundriss dieser Republik gegen die antiwestliche, antipragmatische Haltung der Mehrheit der Westdeutschen durchsetzte, ja durchdrückte: eine Tat, mit der zumindest ein beträchtlicher Teil der Deutschen vom alten, gefährlichen Pfad macht- und waffenbewehrter Innerlichkeit abgebracht wurde. Und man wird das glückliche Ende des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaats, der ein Staat gegen Arbeiter, Bauern und Bürger war, als einen originären deutschen Freiheitsakt werten: als die erste erfolgsgekrönte deutsche Erhebung, die erstens friedlich, also auch zivil, verlief und die zweitens keinen totalitären Unterstrom hatte, sondern ganz einfach Anschluss an die Tradition westlicher Demokratien suchte.

Schön, dass wir das feiern werden. Doch es könnte sein, dass diese Feierlichkeiten etwas einseitig ausfallen. Insofern nämlich, als es, zumindest auf den ersten Blick, in beiden Fällen um reine politische Ereignisse gehen wird – fast möchte man sagen: im Sinne Hannah Arendts. Wohl weiß zwar jeder, dass die Gründung der Bundesrepublik 1949 eine Station auf dem Weg der Westdeutschen in eine Gesellschaft des Wohlstands war; und wohl wissen auch alle, dass die vermurkste DDR nicht zuletzt deswegen zusammenbrach, weil das Regime nicht mehr in der Lage war, die materiellen Bedürfnisse

der Bürger auch nur annähernd zu befriedigen. Doch es mag mit dem großen ideellen Erbe zu tun haben, das uns tief in den Kleidern sitzt, wenn wir diese beiden glücklichen Momente deutscher Geschichte hauptsächlich als rein politische Willensakte sehen: als Momente, in denen der Mensch als edler Akteur tätig war, der die res publica und nur sie im Sinne hatte.

Was fehlt da? Es fehlt das Materielle, die Wirtschaft, das Interesse, der Eigennutz. In ihrem Fehlen kommt eine eigentümliche Verschämtheit zum Ausdruck. So als wäre ein Umbruch, hinter dem materielle Interessen und der Wunsch nach Wohlergehen stehen, etwas weniger wert, etwas weniger glanzvoll, etwas weniger gesellschaftsbegründend. Es liegt auf der Hand: In dieser Haltung klingt der alte Vorbehalt gegen das wirtschaftliche Handeln nach, das als unrein und eben durch Eigennutz kontaminiert gilt. Wo Interessen im materiellen Sinne im Spiel sind, hat – so eine deutsche Denkfigur – das Gute keine Chance.

Ich halte das für einen beträchtlichen Konstruktionsfehler unseres Geisteslebens, der uns daran hindert, der Wirklichkeit gerecht zu werden sowie Wirtschaft und Politik in eine Balance zu bekommen. Und der uns hindert, ein anderes konstitutives deutsches Datum angemessen zu würdigen: eines, das sich in diesem Jahr – und zwar am 20. Juni – zum 60. Mal gejährt hat: Ich meine die Währungsreform von 1948. Weil sie vor drei Monaten nicht annähernd so gewürdigt worden ist, wie es angemessen gewesen wäre, nehme ich mir die Freiheit, auf ein schon verfallenes Jubiläum zurückzukommen und damit auch auf den eigentlichen Vater der Währungsreform: auf Ludwig Erhard, der zum Namensgeber des Preises wurde, den ich heute entgegennehmen darf. Von ihm will ich erzählen.



*Erhard war der Revolutionär,
nicht Adenauer*

Helmut Kohl hat einmal gesagt, er sei zumindest in Wahlkampfzeiten entschieden dagegen, dem Publikum ordnungspolitisch reinen Wein einzuschenken. Denn schließlich wolle er nicht den Ludwig-Erhard-Preis, sondern Wahlen gewinnen. Dieser Spott ist bezeichnend. Natürlich spricht aus ihm auch das realitätsgesättigte Überlegenheitsgefühl eines Politikers, der wie kaum ein zweiter weiß, dass der Wähler am Ende doch immer der alte Adam ist. Doch da ist noch mehr – etwas, das tiefer zurückreicht. Denn in *Kohls* Sottise über die feine, kleine, angeblich aber recht unerhebliche Welt der Ordoliberalen klingt jene Verächtlichkeit nach, die *Konrad Adenauer* schon ziemlich früh gegenüber seinem Wirtschaftsminister an den Tag gelegt hat.

Natürlich hatte die auch persönliche Gründe. Die beiden mochten sich nicht besonders, und das mag damit zu tun haben, dass der eine Franke und der andere Rheinländer war, oder schlicht damit, dass sie beide schwierig und auf je eigene Weise Eigenbrötler waren. Und natürlich auch damit, dass *Adenauer* seinen späteren Nachfolger im Kanzleramt früh schon für im Grunde unpolitisch gehalten hat – was er ja ab und an gerne zu Protokoll gab, insbesondere in der ersten Hälfte der 1960er Jahre, als er zuerst die Kanzlerschaft *Erhards* verhindern wollte und dann den Kanzler *Erhard* in Misskredit zu bringen versuchte.

Doch es ist mehr. Das eigentümliche Verhältnis zwischen *Adenauer* und *Erhard* enthält ein Echo auf eine eingübte Konstellation. Hier der große Staatsmann und Strippenzieher *Adenauer*, der alles in sich vereint: strategische Weitsicht, die Fähigkeit, das Wichtige vom Unwichtigen zu trennen, und nicht zuletzt das Erfahrungswissen, dass erfolgreiche Politik immer auch ein Geschäft der Publikumstäuschung ist – worin *Adenauer*, der kein Vertrauen in das demokratische Vermögen der Deutschen hatte, zweifellos ein Meister war. Und dort der umtriebige Wirtschaftsminister, der für den Kleinkram, die materielle Grundlage, zuständig ist: dafür also, dass das Volk, *Heinrich Heines* großer Lummel, nicht aus der Art schlägt. Dort also der emsige Wirtschaftsminister, der freilich, aller Mühe um die unspektakuläre Wirtschaft zum Trotz, das Professorale doch nie ganz los wird – und den man daher leicht als eine Art Phantasten, als maßlosen Wirtschaftsradikalen oder eben auch

als weltfremd hinstellen kann: der kleine *Ludwig*, der sich um unser aller Wohlergehen kümmert. Das alte Modell also: Der wahre Politiker zieht die großen Linien, der Wirtschaftsfachmann möge bitte bei seinen unspektakulären Leisten bleiben.

Heute beruft man sich gerne – bis hinein in die Linkspartei – auf *Ludwig Erhard*. Meist sehr zu Unrecht. Denn man macht *Erhard* zum Apostel einer sozial eingehegten, ja sozial dominierten Marktwirtschaft, in der das Soziale groß geschrieben und der Markt allenfalls billigend in Kauf genommen wird. In dieser Sicht, in der allein die überlebensgroße Figur *Adenauers* die frühe Geschichte der Bundesrepublik überstrahlt, wird die eigentliche Leistung *Erhards* grotesk unterbewertet. Gemeinhin schreibt man allen Gründungsmut der Nachkriegszeit dem ersten Bundeskanzler zu: Wie im Alleingang schuf er die konfessionsübergreifende Partei, die in beiden christlichen Kirchen Gegner hatte. Ganz allein setzte er, gegen massive Widerstände auch im eigenen Lager, die Westbindung, den antikommunistischen Kurs, die Gründung der Bundeswehr und eben auch die Soziale Marktwirtschaft durch. Während *Erhard* lange als der leicht beschränkte Wirtschaftsfachmann galt, der erfolgreich für die Butter auf dem Brot zuständig war, galt *Adenauer* als der erhabene Visionär, der gegen die eigentliche Stimmung in den Ländern die erste Bundestagswahl gewann. *Adenauer*, so heißt es, war der größte und kühnste Revolutionär der neueren deutschen Geschichte.

Doch allen Verdiensten zum Trotz: Diesen Titel trägt er zu Unrecht. Denn der Revolutionär war *Ludwig Erhard*. Und *Adenauer* war, wenn man so will, der „fellow traveler“. Denn während sich *Adenauer* etwa den aus früherer Zeit stammenden Antibolschewismus der Mehrheit der Deutschen zunutze machen konnte und mit seiner autoritären Art durchaus älteren deutschen Verhaltensmustern entsprach – während sich also *Adenauer* in einigen Punkten auf seine Deutschen durchaus verlassen konnte, stand *Ludwig Erhard* mutterseelenallein auf weiter Flur. Der spätere Wirtschaftswunderliebling hatte, als er begann, alle gegen sich. Was er visionär wollte, war den Deutschen gänzlich unbekannt: eine freie Wirtschaft.

Es ist oft beschrieben worden, etwa in *Ralf Dahrendorfs* frühem Meisterwerk „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ aus dem Jahr 1965: Die deutsche Vorliebe für die Gemeinschaft, der die

kalte und als oberflächlich geltende Gesellschaft gegenüber gestellt wurde, hatte unter anderem auch zur Folge, dass man sich vor den explosiven Kräften von Industrie und Wirtschaft fürchtete und lange den alten, angeblich so harmonischen und warmen Zunftordnungen nachtrauerte. Wenn schon Wirtschaft, dann hätte man sie gerne eingehegt, eingebunden, staatlich reguliert und gezähmt gehabt. Dahinter stand die romantisch-nostalgische Furcht, Mensch und Gesellschaft seien im Grunde nicht in der Lage, in der revolutionsreichen Moderne zu bestehen, die tagtäglich Gegenwart zu Vergangenheit macht und Vertrautes entwertet. Es gab und gibt eine große Furcht vor dem Wesen von Modernisierungsprozessen: dass sie nicht nur Kontinuität, sondern Bruch sind, dass sie ungemütlich sind, dass sie nicht nur schaffen, sondern auch kräftig zerstören und im besten Falle produktive Zerstörungsprozesse sind.

Erhards unerschütterlicher Optimismus

Ihren monströsen Höhepunkt fand diese Zukunftsfurcht im Reich der Nazis. Willig begab sich eine sehr große Zahl von Deutschen in die Obhut einer gelenkten Wirtschaft, die „Kraft durch Freude“ versprach und den Einzelnen zum Glied einer großen Volksgemeinschaft zu machen schien. Diese Erwartung, geführt zu werden und nicht für sich selbst verantwortlich zu sein, war mit der Katastrophe von 1933 bis 1945 natürlich nicht verschwunden. Im Gegenteil, sie war nach diesem vollständigen Zusammenbruch, der alles Vorherige delegitimierte, größer denn zuvor. Wie in vielen der vollmundigen Reden an die Deutschen, die in den Jahren 1945 bis 1948 gehalten wurden, das Volk als Gesamtkörper angesprochen wurde, so dürstete eben auch die Bevölkerung nach Hilfe von außen, nach Führung und nicht zuletzt nach einer gelenkten Wirtschaft.

Schaut man sich die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Publikationen jener Zeit durch, dann fällt sofort auf, dass man sich von ganz links über die Mitte bis ganz nach rechts ziemlich einig darin war, dass mit der profitorientierten Wirtschaft ein Ende sein müsse und das Wohl der Gesamtheit Vorrang haben müsse vor dem Gewinnstreben der Unternehmer oder Unternehmen. Vergesellschaftung und Gemeinwirtschaft waren, bis weit in die CDU des Ahlener Programms hinein, die Stichworte der öffentlichen Debatte. Das wirtschaftli-

che Handeln in seiner Kraft einfach freizusetzen – das wäre jedem wie der reine Irrsinn, wie die reine Verantwortungslosigkeit erschienen.

Dagegen lief *Ludwig Erhard*, während des Krieges in kleinem Kreis ordnungspolitisch geschult und gefestigt, Sturm. Von Anfang an und nicht erst in seiner Zeit im Frankfurter Wirtschaftsrat warb er mit ungeheurer, nicht erschöpfbarer Energie für eine freie Wirtschaft, für ein möglichst schnelles Ende der Zwangswirtschaft, und er scheute sich dabei auch nicht, der Deregulierung das Wort zu reden. Es ist hier nicht der Ort, der Frage nachzugehen, wie zentral für *Erhard* die Verbindung von Markt und sozial gewesen war. Ganz offenkundig ist aber, dass er – der immer für ordnungspolitische Leitplanken war – in der Freiheit des wirtschaftlichen Handels das eigentliche Movens sah. Wie revolutionär das war, erkennt man an der umfassenden Gegnerschaft, die *Erhard* entgegenschlug – aber auch daran, dass seiner Vision noch jede Erdung fehlte, da sie in Deutschland nie auch nur im Geringsten den Wirklichkeitsbeweis hatte antreten können. Was *Erhard* vorschwebte, was er vorschlug, war reines Ideal, war revolutionäres Programm, alle Wirklichkeit schien er gegen sich zu haben. Was das bedeutete und welch geradezu urtümlicher Kraft seine unerschütterliche Zuversicht war, macht ein interessantes Tondokument deutlich.

Auf ihm ist eine öffentliche, vom Rundfunk übertragene Diskussion aufgezeichnet, die kurz vor der Währungsreform in Frankfurt am Main stattfand. Es ging um die Zukunft der Wirtschaft. Einer der Teilnehmer, *Erhard*, plädierte unverdrossen für das möglichst schnelle, in radikalem Schnitt zu vollziehende Ende der Zwangs- und Zuteilungswirtschaft. Er war damit im Saal ganz allein, denn er hatte das lauthals johlende Publikum ebenso gegen sich wie das gesamte, ziemlich umfangreiche Podium, auf dem neben Wissenschaftlern unterschiedlicher Couleur alle Parteien vertreten waren. Es war ein bisschen wie in den Hörsälen von 1968: von gelassener Diskussion keine Spur. Stattdessen viel lichterloh brennende Empörung und der geschlossene Wille fast aller Anwesenden, sich nicht auf *Erhards* Argumente – nämlich: freie Wirtschaft führt zu Wettbewerb und Preissenkungen, gelenkte Wirtschaft zum Gegenteil – einzulassen.

Der Diskurs war tief und ausschließlich moralistisch, und *Erhard* wurde als einer hingestellt, der im Namen einer obskuren Theorie bereit war, Ar-



beiter, Angestellte, Frauen, Kinder, Alte – also praktisch das gesamte deutsche Volk – der Verelendung zu überantworten. Es fehlte nicht viel, und *Erhard* wäre als kapitalistischer Volksschädling hingestellt worden. Hört man sich heute dieses Dokument an, kann man nur staunen über die Engelsgeduld, mit der *Erhard* nicht müde wurde, sein Argument wieder und wieder in Anschlag zu bringen. Und das spürte, aller Ablehnung zum Trotz, auch der Saal. Denn sein Optimismus, der ohne sektiererische Verbohrtheit, aber dennoch unerschütterlich war, hatte etwas Mitreißendes, Ansteckendes. Er wusste die große Kraft einer starken Idee auf seiner Seite. Und er hat in ganz und gar voluntaristischer Weise auf das Unwahrscheinliche, die Freiheit und das Vermögen der Menschen zur Freiheit, gesetzt.

Erhards Strategie klarer Worte

Erhard hat sich gegen viele Widerstände durchgesetzt. Und zwar mit listiger Realpolitik, sowohl den Deutschen wie den Amerikanern gegenüber auch auf dem Weg der Überrumpelung. Es scherte ihn nicht, dass er – bis fast zur Mitte der 1950er Jahre – trotz allen Respekts, der ihm dann doch entgegengebracht wurde, ausweislich der Meinungsumfragen außerordentlich unpopulär war. Nur 14 Prozent hatten zu Beginn der 1950er Jahre, also zwei Jahre nach der Währungsreform, eine gute Meinung von ihm; und fast die Hälfte der Westdeutschen sprach sich ein Jahr nach der Währungsreform grundsätzlich für die Planwirtschaft aus.

Überrumpelnd war *Erhard* in seiner Not auch gegenüber den Alliierten, sogar und vor allem gegenüber den eigentlich doch wirtschaftsliberalen Amerikanern, die den Deutschen den Weg in die Wirtschaftsfreiheit nicht zutrauten. Legendär geworden ist ein Bonmot gegenüber dem amerikanischen Oberbefehlshaber *Lucius D. Clay*, der mit *Erhards* Ansichten durchaus sympathisierte. Als der ihm vorhielt: „Alle meine Berater sind gegen Ihr Vorgehen“, entgegnete ihm *Erhard* trocken: „Meine Berater auch.“ Nicht belegt, aber wahrscheinlich ist eine weitere Antwort *Erhards*. Als er die Währungsreform genutzt hatte, mit ihr zugleich die Zwangsbewirtschaftung zu beenden und die Preise freizugeben, fragte ihn *Clay* besorgt, warum er denn die Preisvorschriften geändert habe. *Erhard* darauf so lakonisch wie selbstbewusst: „Ich habe sie nicht geändert, ich habe sie abgeschafft.“

Ludwig Erhards Handeln zeigt: Es gibt Situationen, in denen man ganz alleine ist und in denen man sich dem Druck der Mehrheit, die alle Evidenz auf ihrer Seite zu haben scheint, nicht beugen sollte. Genussvoll zitierte er später jene überwältigende Zahl von respektablen, ganz und gar seriösen Statistikern, die nach der Währungsreform voraus sagten, dass auf alle Deutschen in Zukunft alle fünf Jahre ein Teller kommen werde, alle zwölf Jahre ein Paar Schuhe und alle fünfzig Jahre ein Anzug. Es kam dann anders – und *Ludwig Erhards* Schriften liefern Seite um Seite Belege für eine Haltung, die heute unter dem Verdacht der Verantwortungslosigkeit steht: für die Freude darüber, dass tatsächlich eine gewaltige Wirtschaftsmaschine ansprang, welche die (West-)Deutschen in nie geahnter Fülle mit Gütern des Konsums und bisher unbekannter Daseinserleichterung versorgte. Kurz: *Ludwig Erhard* freute sich über den Fortschritt. Und er, der eigentliche Sieger der ersten Bundestagswahl, hat sich mit seiner Strategie der Polarisierung durchgesetzt – also mit einer Strategie klarer Worte und nicht gefällig vernebelter Differenzen im Grundsätzlichen. Auch das enthält, will mir scheinen, eine aktuelle Lehre.

Schwächen des Wirtschaftsliberalismus

Indes: *Ludwig Erhard*, der Sieger, ist auch ein Verlierer. Einmal im vordergründigen Sinn: Als die trizonale, dann bundesdeutsche Wirtschaftsmaschine lief, wurde er zwar als deren nun gütiger Vater weithin verehrt, seine Lehren zählten aber bald nicht mehr so viel. Um nur ein – freilich sehr wichtiges – Beispiel zu nennen: Als ab Mitte der 1950er Jahre die in der Tat dringend nötige Rentenreform vorbereitet wurde, warnte *Erhard* verzweifelt vor der dynamischen Rente, von der er schon damals sagte, sie würde die Deutschen noch sehr teuer zu stehen kommen. *Adenauer* wischte mit der ihm eigenen Chuzpe alle Einwände vom Tisch, und er, der wirtschaftspolitisch Unmusikalische, sagte auch klipp und klar, warum: Weil er die Bundestagswahl 1957 gewinnen wollte – was ihm dann ja auch überzeugend gelang. Wenn man will: Kaum zeichnete sich der Wohlstand ab, war die Lehre von der Freiheit, die immer auch anstrengend ist, nicht mehr gar so wichtig.

Dass sie aber, wie ich befürchte, in Deutschland nicht so tiefe Wurzeln geschlagen hat, hat jedoch noch einen anderen Grund. Er hat mit der – sagen

wir: gesellschaftspolitischen – Schwäche der wirtschaftsliberalen Freiheitsfreunde in Deutschland und anderswo zu tun. Von der Individualistin *Margaret Thatcher* ist, wenn auch nicht mit letzter Sicherheit, der Satz überliefert, so etwas wie Gesellschaft kenne sie nicht: Sie hielt das Wort für einen linken Kampf- und Nebelbegriff. Das sah *Ludwig Erhard* anders. Seine ganze Soziale Marktwirtschaft war zu dem Zweck eronnen worden, den Motor des Eigennutzes und des Wettbewerbs mit dem Ziel einer Gesellschaft ohne Klassenfraktionen in Einklang zu bringen. *Erhard* hat intensiv darüber nachgedacht – kam aber, wie ich denke, zu Lösungen, die zu kurz greifen. Zum einen neigte er dazu, den sozialen Ausgleich als das Abfallprodukt einer stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung anzusehen. Darin war er vielleicht jenen Denkern der Nachkriegszeit nahe, die annahmen, die rationalistische Konstruktion der emotional und ideologisch unterkühlten Bundesrepublik werde auf Dauer ein Gehäuse unpolitischen Funktionierens, ein Gehäuse unerschütterlichen So-Seins sichern.

Und zum anderen stand *Erhard* – trotz des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs – noch zu ungebrochen, noch zu zutraulich in der Sicherheit der abendländischen Tradition. Grob gesagt: Für die Werte, so mag er gedacht haben, wird wohl dank Gott und Patrimonium schon gesorgt sein. Am Tag nach der Währungsreform hielt er eine Rundfunkansprache, in der er – nach dem Wandeln am Abgrund der Planwirtschaft – eine aufkommende Ära der Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit ankündigte. Der Ton der Rede ist altväterlich und ein wenig predigerhaft. Unter anderem fällt der Satz: „Das deutsche Volk ist heute ruhig und besonnen an seine Arbeit gegangen.“ Da schwingt doch noch etwas von jenem Anspornkollektivismus mit, der zu Zeiten der Nazis aus jedem Volksempfänger zu hören war. Keine Spur hier vom faktisch revolutionären Geist, der *Erhards* Handeln beflügelt hat. Keine Spur von Gesellschaftsfreudigkeit. Eher, wie oft in Deutschlands Vergangenheit: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Und: Der Bürger solle an die Arbeit gehen.

Rückbesinnung auf Adam Smith

Ich kann das hier nicht vertiefen, denke aber, dass der Wirtschaftsliberalismus – heute sicher gewandter und halbwegs polyglott geworden – den-

noch unter dieser frühen Schwäche nach wie vor leidet. Es ist ihm, auch mangels Bemühen, nicht wirklich gelungen, sein Argument in den großen neuzeitlichen Strom des Freiheitsdenkens, das ein antiautoritäres Denken ist, einzuspeisen und sich selbst von ihm beflügeln zu lassen. So steht er nur mit einem Bein in der modernen Welt. Als dieses Denken vor mehr als 200 Jahren auf den Weg kam, war es noch zweibeinig. Am sinnfälligsten macht dies vielleicht das Werk des alten *Adam Smith*. Fast über Nacht wurde er im Jahre 1776 in ganz Europa berühmt mit seinem wegweisenden Werk über den „Reichtum der Nationen“. Es ist sehr sachlich geschrieben. Doch aus fast jeder Zeile schlägt einem auch der verwunderte Jubel über die Entdeckung entgegen, dass die Verbesserung der Arbeitsteilung direkt zu steigendem Wohlstand der großen Mehrheit beitragen kann. Dieses rationalen Werks wegen gilt der Schotte *Adam Smith* als ein kühler Denker des Fortschritts, der angeblich der Überzeugung war, dieser marschiere allein im Takt des Eigensinns.

Dass dem nicht so war, beweist sein zweites Hauptwerk, die 1759, also 17 Jahre vor der „*Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*“ erschienene „*Theory of Moral Sentiments*“, das damals ebenfalls recht berühmt war, heute aber leider fast vergessen ist. Es ist ein Buch über die Kräfte, die Menschen zu moralisch verantwortlichem Handeln bewegen. Das Werk, in dem der Begriff der „Sympathie“ von zentraler Bedeutung ist, beginnt mit dem wunderbaren Satz: „Man mag den Menschen für noch so egoistisch halten, es liegen doch offenbar gewisse Prinzipien in seiner Natur, die ihn dazu bestimmen, an dem Schicksal anderer Anteil zu nehmen, und die ihm selbst die Glückseligkeit dieser anderen zum Bedürfnis machen, obgleich er keinen anderen Vorteil daraus zieht, als das Vergnügen, Zeuge davon zu sein.“

Diese Tonlage trifft der heutige Wirtschaftsliberalismus kaum, diesen geistigen Horizont erreicht er selten. Das ist, um des Zusammenhalts der Gesellschaft wie um der Freiheit willen, schade. Ich wünsche der Ludwig-Erhard-Stiftung die Kraft, die beiden Fäden von *Adam Smith* munter weiterzuziehen – und sich dabei von jenen nicht entmutigen zu lassen, die den Menschen im Allgemeinen und den Deutschen im Besonderen für ein Wesen halten, das zur Freiheit nicht fähig und willens ist. ■

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik Ausschreibung 2009



Die **Ludwig-Erhard-Stiftung** vergibt alljährlich einen von Ludwig Erhard gestifteten Preis für Wirtschaftspublizistik. Neben dieser Auszeichnung wird ein Förderpreis verliehen.

Dieser Förderpreis wird hiermit öffentlich ausgeschrieben. Er ist für Journalisten, Wissenschaftler und Angehörige anderer Berufe bestimmt, die jünger als 35 Jahre sind. Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige Jury; das Preisgeld beträgt 5000,- €.

Die Jury berücksichtigt Presseartikel, Arbeiten der wissenschaftlichen Publizistik sowie Hörfunk- und Fernsehbeiträge, die zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2008 im In- oder Ausland verbreitet wurden und in enger Beziehung zur Sozialen Marktwirtschaft stehen. Bewerbungen oder Vorschläge Dritter müssen der Stiftung zusammen mit einem kurzen Lebenslauf bis zum 1. Februar 2009 zugehen.

Der Vorstand der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.

Hans D. Barbier

Ulrich Blum • Otmar Franz • Michael Fuchs •

Martin Grüner • Thomas Hertz • Christian Watrin

Einsendeschluss: 1. Februar 2009
Beiträge und Vorschläge bitte an:

Ludwig-Erhard-Stiftung
Johanniterstraße 8
53113 Bonn

Telefon 02 28/5 39 88-0
Telefax 02 28/5 39 88-49
info@ludwig-erhard-stiftung.de

Wer oder was zwingt Journalisten in den Meinungs-Mainstream?

Roland Tichy
Chefredakteur „Wirtschaftswoche“

„Noch niemals in der deutschen Geschichte waren und wohl in kaum einem anderen Land sind die Kosten des Widerspruchs so niedrig wie in Deutschland. Den Bundeskanzler herabzusetzen, einen Politiker zu verleumden, einen Industriellen zu schmähen, kurz: die allergrößte Gemeinheit oder denkbaren Unsinn zu verzapfen und millionenfach zu verbreiten, bleibt weitgehend folgenlos.“

Ich bedanke mich sehr herzlich für die heutige Ehrung. Die schönen Worte und mehr noch die Ehrung, die Sie mir schenken, stehen in einem merkwürdigen Gegensatz zur Tatsache, dass ich nach den heutigen Prinzipien eine Art Asozialer bin, der der staatlichen Hilfe dringend bedürftig ist.

Mein Body-Mass-Index liegt deutlich jenseits der für mein Alter und meine Größe geltenden Grenze. Nun fühle ich mich körperlich sehr wohl, gesund, glücklich und leistungsfähig. Es gibt keine Klagen über meine Virilität. Wäre da nicht der Body-Mass-Index. Teilen Sie Ihr Gewicht durch das Quadrat ihrer Körpergröße, und Sie wissen Bescheid über Ihre Sünden. Die Formel klingt nur kompliziert für meinen Berufsstand, der kaum mehr der mathematischen Grundkenntnisse fähig ist und daher Division durch das Quadrat der Körpermaße schon für Zauberwerk hält. Aber natürlich ist diese Formel Humbug.

Nun ist ja offenkundig, dass eine derart grobe Kennzahl keine vernünftige Aussage über so etwas Komplexes wie körperliche Befindlichkeit aussagen kann. Aber der Body-Mass-Index ist eine Richtschnur des Regierungshandelns geworden, und ich habe Tausende Artikel gefunden, die sich positiv dazu äußern, dass die Bundesregierung etwa Fettleibigkeit bei Kindern bekämpfen will.

Es gibt zwar keine empirische Untersuchung über das tatsächliche Ausmaß von Fettleibigkeit bei Kindern. Und wir wissen nichts darüber, inwieweit ein paar Kilo Übergewicht tatsächlich der Gesundheit abträglich sein sollen. Aber wir alle kennen jene falsche Entscheidung, die uns gehindert hat, das Pummerl von Neben anzusprechen, die sich

später zu der wunderschönsten Frau ausgewachsen hat; und wir alle kennen einen dicken Jungen, der heute ein drahtiger Marathonläufer ist. – Das alles interessiert nicht. Eine obskure Maßzahl zählt, wertet und gewichtet.

Im Herbst 2007 startete die Gesundheitspolitik einen „nationalen Aktionsplan Bewegung und Ernährung“; angesichts von 1,9 Millionen übergewichtiger Kinder sprechen die Medien von „kleinen Kalorienbomben“, von einer Zeitbombe, die entschärft werden müsse. Der Systemtheoretiker *Sven Körner* hat in einem spannenden Buch herausgearbeitet, dass es keine empirischen Daten gibt, die diese Politik wirklich als notwendig erachten lassen. Es ist mehr ein Beleg für interessegesteuertes Handeln, für einen Hype in Politik und Medien, wie man das heute nennt.

Armut und Klimawandel

Für mich ist das ein Beispiel für eine zunehmende Normierung unseres Denkens und der Vereinheitlichung der Medien. Obwohl unsere Welt immer größer, bunter und vielfältiger wird, beobachte ich eine Verarmung der Recherche, der Analyse und der Meinungsvielfalt. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen:

Am 19. Mai dieses Jahres verteilte Bundesarbeitsminister *Olaf Scholz* Vorabexemplare des sogenannten Armuts- und Reichtumsberichts an Journalisten. Die Schlagzeilen des folgenden Tages lauteten fast überall identisch: Jeder Achte ist von Armut bedroht. In einigen großen Blättern, etwa der Berliner Zeitung oder der Financial Times und so



gar einer Zeitung, hinter der kluge Köpfe vermutet werden, war zu lesen: Jeder achte Deutsche ist arm. In der Süddeutschen Zeitung stellte *Heribert Prantl* sogar eine Verbindung zu „Jessica, Lea-Sophie und Dennis“ her, drei Kinder, die wegen Verwahrlosung verhungerten, und machte für ihren Tod die Abgeordneten der großen Parteien verantwortlich. Beleg: Der Armutsbericht.

Es ist grober Unfug. Wir wissen es alle, und ein Gang durch die Fußgängerzone sollte belegen: In diesem Land gibt es Armut, aber nicht in einem solchen Ausmaß. Als arm gilt, wer über weniger als 60 Prozent des Durchschnittsverdienstes verfügt. Dieser relative Armutsbegriff relativiert die Aussagekraft des Armutsbegriffs, nicht aber der Schlagzeilen.

Ich kann hier nicht auf die vielen weiteren Gründe eingehen, warum der Bericht purer Nonsense ist, eine Art Body-Mass-Index des Bundesarbeitsministers. Die definitiv falsche Aussage hat die Berichterstattung aller Mediengattungen, der Zeitungen, des Fernsehens und der Online-Dienste, beherrscht. Ausnahmen gab es wie immer kaum und wenn, erst Tage später. Aber machen wir uns nichts vor: Relativierungen, Tage nach dem Bericht, ändern kaum mehr die einmal grundlegend angelegte Einstellung.

Oder doch? – Es blieb der *Financial Times* Deutschland vorbehalten, den Unsinn so zu übersteigern, dass die Grenze zum Kabarett überschritten wurde. Sie enthüllte eine Manipulation der zugrunde liegenden Daten. Eigentlich sei jeder vierte Deutsche arm. „*Scholz* schönt Armutsbericht“, heißt es da.

Es war aber leider nicht Kabarett, sondern ernst gemeint. Man könnte sich darüber lustig machen, wäre die Sache nicht so ernst. Denn natürlich werden daraus politische Maßnahmen abgeleitet. Erst kürzlich hat mir eine Kollegin der Tageszeitung in einer Fernsehsendung erklärt, der Erfolg der Partei „Die Linke“ sei ja insoweit gerechtfertigt, weil sie als einzige darauf reagiere, dass schließlich jeder vierte Deutsche in Armut leben muss.

Übrigens: Ich bin der festen Überzeugung, dass es mehr Dachdecker gibt, die in deutschen Talkshows erklären, dass man mit 60 nicht mehr auf den Dachfirst klettern kann, als jene Dachdecker, denen man dieses Schicksal wirklich zumutet. Ent-

deckt man solche Beispiele, erschrickt man. Auch ich bin ja Teil des Systems. Auch ich schreibe gelegentlich dummes Zeug. Trotzdem sollte man sich fragen: „Warum eigentlich?“

Der Armutsbericht ist kein Einzelfall für eine Berichterstattung, in der falsche Fakten zu falschen Schlussfolgerungen führen. Ein weiteres Beispiel: Der Klimawandel beherrscht die Schlagzeilen. Ich will nicht darüber diskutieren, ob und warum der Klimawandel eintritt. Ich habe an dieser Stelle das Privileg, mich auf einer Metaebene zu bewegen, mich also inhaltlich nicht festlegen zu müssen. Aber folgt man einer Untersuchung von *Hans W. Kepplinger*, dann ist nur eine Mehrheit von 57 Prozent der Klimaforscher davon überzeugt, dass sowohl die Grundlagen der Berechnungen als auch die nötigen Konsequenzen ein eindeutiges Bild ergeben.

Von dieser differenzierten Diskussion lesen, hören oder sehen wir praktisch nichts. Im Gegenteil: Ein Online-Dienst hat die ohnehin schon umstrittenen Angaben des internationalen Regierungsgremiums International Panel on Climate Change (IPCC) zur drohenden Erhöhung des Meeresspiegels einfach erhöht. Statt einiger Dezimeter, die wohl beherrschbar erscheinen, ist plötzlich von sechs Metern Erhöhung die Rede. Da bliebe von der norddeutschen Tiefebene wohl nicht mehr viel trocken. Aber es ist erfunden. Selbst das alarmistische IPCC geht nur von Zentimetern aus. Wir werden also nicht ertrinken.

Ständig ist auch zu lesen von der bedrohlichen Zunahme der Zahl von Hitzetoten. Selbst wenn man annimmt, dass das Klima in Deutschland um einige Grad zunimmt: Die Gefahr zu erfrieren, ist deutlich höher als zu „erschwitzen“. Der Gefahr des Hitzetodes kann man mit einem Glas Wasser und mit dem Umzug an einen schattigen Platz erfolgreich begegnen. Gegen den Kältetod braucht man Kleidung, Nahrung, Wohnung, Heizung.

Kaum Fakten, dafür Stereotypen

Jeder Vierte ist arm, der Meeresspiegel steigt um phantastische sechs Meter, die Menschen verkümmern in der Hitze – die einfachste, nachvollziehbare Lebenserfahrung hält deutsche Journalisten offensichtlich nicht davon ab, Unsinn zu formulieren und zu erfinden. Wenn es dann um Situa-

tionen geht, die nicht mehr aus der Lebenserfahrung oder Anschauung nachvollziehbar sind, wird es noch schlimmer.

Die Malariamücke kommt nach Bayern zurück, das wird als Beweis für den Klimawandel angeführt. Aber die Malariamücke kehrt nur dahin zurück, von wo sie vorübergehend im 19. Jahrhundert durch die Trockenlegung der Feuchtgebiete und Sümpfe sowie im 20. Jahrhundert durch DDT vertrieben worden war. Sie tut als gehorsames Insekt das, was sich Ökologen wünschen. Die Malariamücke holt sich die feuchten Lebensgebiete zurück, die wir ihr neuerdings wieder anbieten, um ökologische Nischen für bedrohte Insektenarten zu schaffen.

Nun würde es den Rahmen sprengen, weitere Belege dafür zu zitieren, wie gleichförmig die Berichterstattung, wie wenig sie an Fakten und wie sehr sie an Stereotypen ausgerichtet ist. Kürzlich brachte ein sogenanntes Nachrichtenmagazin eine Titelgeschichte: „Angriff auf den Wohlstand. Wie Spekulanten das Leben immer teurer machen.“ Suggestiert wurde, dass Spekulanten an den Terminmärkten den Erdölmarkt bewegen, den Mais verteuern, Reis aufkaufen und die Menschen deshalb verhungern. Den Unterschied zwischen Kassa- und Terminmarkt hat den Autoren keiner erklärt. Aber haben wir davon gelesen, dass Mais, Getreide, Rohöl auch wieder billiger geworden sind? Ja, diese Geschichte kam auch, klein und verspätet. Da stand drin, dass die Spekulanten jetzt ein falsches Spiel mit uns spielen und alles verdrehen.

Es war aber nicht zu lesen, dass die Spekulanten offensichtlich auf dem falschen Fuß erwischt worden sind und Zigmilliarden verloren haben, die wiederum über Kurssicherungsgeschäfte Landwirten und Produzenten von Lebensmitteln zufließen, genau so, wie es sein soll. Aus einer Story, die eigentlich das segensreiche Wirken der Marktwirtschaft belegt, wurde ein Angriff auf freie Märkte.

Ausreden von Journalisten

Wohl zu Recht hat sich der frühere Bundeskanzler *Gerhard Schröder* darüber beschwert, dass die rot-grüne Koalition weggeschrieben wurde. Es ist übrigens derselbe *Mainstream-Mechanismus*, der

Schröder und *Fischer* neun Jahre früher herbeigeschrieben hat.

Manchmal schlägt die Welle auch über diejenigen zusammen, die sich lange als Köhner des Wellenreitens verstanden haben. Eine Studie von *Thomas Leif* und *Nina Faber* des Netzwerks *Recherche* trägt viele Belege für meine *Mainstream-Theorie* in der Berliner Medienrepublik zusammen. Aber was treibt oder zwingt die Journalisten in diesen *Mainstream*? Oder – um den Filmtitel von *Herlinda Koelbl* zu zitieren: Was macht uns zur Meute?

Unsere Klasse der selbstmitleidigen Angreifer nennt meistens den Zeitdruck durch moderne Medien, das Ausdünnen der Redaktionen, die intellektuelle Vorherrschaft der Pressestellen, Spindoktoren und hochgerüsteten PR-Abteilungen. Aber meiner Meinung nach sind das nur Ausreden. Nichts davon ist ursächlich.

Die Redaktionen sind etwas schlechter personell ausgestattet als in der Hochzeit der *New Economy*, die auch eine Hochzeit der Medienindustrie war. Aber heute arbeiten mehr Redakteure bei den großen Tageszeitungen und Magazinen als jemals zuvor. Sie sind in der Regel sehr gut ausgebildet. Ein Hochschulstudium hat fast jeder absolviert, die Eingangsprüfung zu so mancher Journalistenschule würde ich mit meinem formalen Bildungshintergrund wohl nicht mehr schaffen.

Trotzdem wundere ich mich, dass sich diese Kollegen darüber wundern können, dass *Alleinerziehende* und *Arbeitslose* einem erhöhten *Armutsrisiko* unterliegen. Um das zu vermeiden, hat man mal die *Ehe* erfunden; und es sollte eigentlich nicht überraschen, dass wer arbeitet, mehr Geld hat als derjenige ohne Arbeit.

Warum schreiben wir so etwas? Auch das *Internet*, die *Rüpelschule* für unterbezahlte *Neueinsteiger*, professionalisiert sich mehr und mehr. Wenn *Spiegel-Online* zum *Leitmedium* aufgeblasen wird, so ist es doch ganz einfach, in den *Luftballon* hineinzustecken statt hinterherzuschreiben. *Fakten* sind noch immer die spitzeste Nadel.

Der *Zeitdruck* war schon immer enorm; schon seit Jahrzehnten sind die Kollegen vom *Hörfunk* praktisch zeitgleich an den Ereignissen dran. *Spindoktoren* sowie das geheimnisvolle *Schalten und Walten* von *Pressestellen*, das hört sich eher nach ei-



ner Art medialer Dolchstoßlegende an, als der Wirklichkeit zu folgen. Denn Quatsch bleibt auch mit Spin Quatsch und für jeden halbwegs Fachkundigen durchschaubar.

Und über einen Sachverhalt sollten wir auch Einigkeit herstellen können: Noch niemals in der deutschen Geschichte und wohl in kaum einem anderen Land sind die Kosten des Widerspruchs so niedrig wie in Deutschland. Den Bundeskanzler herabzusetzen, einen Politiker zu verleumden, einen Industriellen zu schmähen, kurz: die allergrößte Gemeinheit oder denkbaren Unsinn zu verzapfen und millionenfach zu verbreiten, bleibt weitgehend folgenlos.

Wir sind eines der freiesten Länder dieser Welt. Ich weiß, wovon ich spreche, denn ich hatte ja in der verschwindenden DDR als Stellvertreter des Rundfunkbeauftragten für die neuen Länder, *Rudolf Mühlfenzl*, einen tiefen Einblick in Redaktionen. In Redaktionen, in denen die Partei des Stalinismus, die sich heute „Die Linke“ nennt, bis aufs Detail vorgab, was zu schreiben, zu senden und zu denken war. Übrigens: Die Stasi hat sich nur der besonders hartnäckigen Fälle angenommen, den Alltagsterror haben die Parteigenossen ausgeübt.

Zwang zum Angepasstsein

Wenn wir also über dieses ungeheure Privileg der Freiheit verfügen, materiell gut ausgestattet und gut ausgebildet sind – was hält uns davon ab, kritisch zu arbeiten, ungewohnte Argumente vorzutragen, neue Sichtweisen einzunehmen, und dem Nach-Blabla ein Ende zu setzen?

Begeben Sie sich mit mir auf die Spurensuche: Der erste und wichtigste Punkt, glaube ich, ist das, was *Elisabeth Noelle-Neumann* als Schweigespirale bezeichnet hat. Wähler, aber auch Journalisten, schließen sich gerne der Mehrheitsmeinung an oder verstummen. Das scheint in der Natur des Menschen zu liegen, der nichts so sehr fürchtet wie Vereinzelung.

Ich glaube, dass der eigentliche Grund, warum sich totalitäre Systeme so lange halten, nicht allein in Gewaltmaßnahmen der Unterdrückung liegt. Es ist das Unterbinden unterschiedlicher Meinungen, die radikale Verengung unterschiedlicher Sichtweisen. Mitläufer werden nicht gezwungen,

dem großen Treck zuzugehören – sie sind zu schwach, ihre abweichende Meinung gegen die Meinungsvorherrschaft von Schule, Betrieb, Kollegen, Medien und anderen Gruppen durchzuhalten.

Unangepasst zu sein ist ungeheuerlich anstrengend, die Überschreitung zum Asozialen eine soziale Definitionssache. Journalisten leben auch in diesem Zwang zum Angepasstsein, sie sind nicht die alleinigen Opfer. In einem Bericht über die Ursachen der Finanzkrise schildern große US-Banken, was wir eigentlich schon immer wussten, nämlich dass die Hausse die Hausse nährt und die Baisse die Baisse. Sie zeigen, wie steigende Kurse jeden Skeptiker zum Dummkopf degradieren, wie Beschleunigung zum Erfolgsfaktor und zu immer weiterem Kursanstieg führen, zur unvermeidlichen Blasenbildung. Anschließend verschärfen die Panikreaktionen die Börsenkrise. Wer zögert, nachdenkt, zur Relativierung mahnt, hat verloren.

Mein Kollege *Hofmann* hat dazu gezeigt, wie sich das in der Politikberichterstattung auch in Bildern ausdrückt. Er entdeckte 2006 die Bildtechnik des Anhimmeln: Allerorten lächelte plötzlich *Angela Merkel* von Fotos, Bannern und anderen Bildern, während *Gerhard Schröder* nur noch griesgrämig und verbittert zu sehen war. Auch *Kurt Beck* fühlt sich, nicht ganz zu Unrecht, von der Meute der Berliner Journalisten verfolgt. Er spricht vom Wolfsrudel. The winner takes it all. Losers don't sell. *Tony Blair* hat den Mechanismus kurz vor seinem Rücktritt beschrieben: „Aus der Sorge, etwas zu verpassen, jagen die Medien heute, mehr als je zuvor, in einem Rudel. In diesem Modus sind sie wie ein wildes Biest, das Menschen und Reputationen einfach in Stücke reißt.“

Journalisten marschieren am liebsten hinter der Kapelle, die den Siegesmarsch schmettert. Nennen wir es den sozialen Faktor, den Kitt der Gesellschaft – aber mit einigen Besonderheiten:

■ Deutsche Journalisten sind Überzeugungstäter. In ihrer Dissertation von 1985 hat *Renate Köcher* die professionellen Unterschiede von deutschen und angelsächsischen Journalisten herausgearbeitet. Die Arbeit trägt den programmatischen Titel „Spürhund und Missionar“.

■ Deutsche Journalisten verstehen sich eher als Vorkämpfer für Ideen, sie wollen überzeugen –

und weniger investigativ arbeiten. So hatte ich kürzlich die Gelegenheit, den Antwortbrief eines Kollegen zu lesen, der von einem Leser getadelt worden war, weil er zu alarmierend und an allen Fakten vorbei über das wachsende Problem der Hitzetoten fabuliert hatte. „Warum tun sie das?“, wollte der Leser des Intelligenzblattes wissen, in dem mittlerweile auch der Virus des Klimawandels Einzug gehalten hat, sodass meine vergleichsweise hohe hierarchische Stellung nicht ausreichend genug war, den Unsinn zu stoppen. Die Antwort hat es in sich: „Aus globaler Verantwortung für die Natur, das Klima und die Zukunft unserer Kinder“, steht da. Größer kann die Last nicht sein, die auf den schwächtigen Schultern eines Schreiberlings ruht: Die Natur, das Klima – alles global natürlich. Bei so viel Verantwortung müssen Fakten, die nicht passen, weichen.

■ Deutsche Journalisten verstehen sich nicht als News-Checker. Sie sind in ihrem Selbstverständnis Beauftragte der Abteilung Agitation und Propaganda, diesmal allerdings auf der Seite des Wahren, Schönen und Guten, meist auf der Seite des Sozialen und immer im Kampf gegen den Klimawandel, komme er oder komme er nicht.

Auch wenn ich weiter oben die fachliche Ausbildung vieler Kollegen gelobt habe – ihre eigentliche Professionalität, die Bereitschaft, unvoreingenommen Fakten zu prüfen und sie nur dann zu verbreiten, diese Professionalität fehlt leider allzu vielen, wenn es um die emotionale Aufladung von Themen geht.

Für Journalisten sind ihre Kollegen besonders wichtig. Sie messen sich ja nicht an der doch sehr amorphen Leser- oder Zuschauermeinung. Journalisten folgen den Alpha-Tieren des Gewerbes, formulieren nach deren Vorbild, Gunst und Anerkennung. Die Medienberater *Stephan Weichert* und *Christian Zabel* haben danach ein Buch benannt, die Alpha-Journalisten. Die Folge ist, dass die über Alpha-Journalismus formulierte veröffentlichte Meinung immer weiter von der öffentlichen Meinung abweicht.

Nils Minkmar hat in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die SPD als surrealistische Partei Deutschlands charakterisiert, weil das, was uns verkauft wird, so eklatant von dem abweicht, was ist. Man muss *René Magritte* kennen, um deutsche Nachrichten wirklich würdigen zu können. Immer

mehr Bürger empfinden die vermittelte Als-Ob-Politik aus Berlin, die um sich selbst kreisende Selbstreferenz, das Metropolen-Getue einer Stadt mit dem transatlantischen Passagieraufkommen von Bielefeld als abstoßend, befremdlich. Das ist in den Augen der Berliner Journaille allerdings nur das Problem der Bürger. Nicht ihr eigenes. Sie fühlen sich sicher. Das wird immer weiter verschärft durch die hohe Konzentration des meinungsbildenden Journalismus in der fernen Mars-Station Alpha-Berlin.

Freiwillig gleichgeschaltete Presse

In meiner Zeit als Büroleiter einer Tageszeitung hier in Berlin bin ich niemals so weit in den Westen gekommen wie hierher nach Charlottenburg. Charlottenburg liegt von Berlin-Mitte so weit weg wie München, Stuttgart oder Düsseldorf. Ich habe niemals ein Fahrrad oder gar Auto benutzt wie zu meiner Zeit in Bonn, wo es zu meinen Verpflichtungen gehörte, auch mal Verbände in Köln oder Ministerien in Bad Godesberg zu besuchen, damals immerhin ein Aktionsradius von schätzungsweise 50 Kilometer. Das politische Berlin ist fußläufig erreichbar.

Diese Forderung an die Hauptstadt-Architektur beschreibt mittlerweile den mentalen Horizont. In Berlin reicht der Horizont vom Brandenburger Tor bis zum Borchardt, mit Abstecher in den Grill Royal, ins vergleichsweise randständige San Nicci oder ins Einstein, wo die Herde aufnehmen darf, was vom Nebentisch der Alpha-Journalisten und Bundesminister herüber dringt.

Ich habe mich dabei sehr wohl gefühlt. Dabei sein ist nicht anstrengend. Das Leben in sehr überschaubaren Zusammenhängen ist einfach, das Weltbild fest gefügt. *Evelyn Roll* beschreibt das sehr schön in folgender Passage: „Georg meinte, dass in Berlin-Mitte die Gefahr, sich mit Meinungen und Überzeugungen anzustecken, besonders groß sei. Wenn Politiker und Hauptstadt-Journalisten immer nur mit Politikern und Hauptstadt-Journalisten Kontakt haben, infizieren sie sich unentwegt gegenseitig. Georg nannte das ‚freiwillig gleichgeschaltete Presse‘.“ – Freiwillig gleichgeschaltete Presse. Im Auftrag von Natur, dem Klima, Gott und der Welt. Wir folgen dem Weltgeist, auch wenn er sich nur in Form des Body-Mass-Index uns zu offenbaren gedenkt. ■